

Die neuen Vorfälle im Atomkraftwerk Krümmel sind hochgradig besorgniserregend

Zum weiteren heute bekannt gewordenen Meldepflichtigen Ereignis im Kernkraftwerk Krümmel erklärt der energiepolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Die Dübelproblematik, die im hessischen AKW Biblis B zu monatelangem Stillstand führte, war bislang in den schleswig-holsteinischen Kraftwerken kein Thema. Die Übertragbarkeit dieser Fehler ist in Schleswig-Holstein durch Stichproben überprüft worden.

Wenn nach der bislang von der Reaktoraufsicht durchgeführten Überprüfung keine falsch verbauten Dübel festgestellt wurden, bedeutet das für den jetzigen Fund, dass sämtliche Dübel – wie in Hessen – einer Überprüfung unterzogen werden müssen.

Es kann doch nicht sein, dass bei einer Anlage, die ein Gefährdungspotential für Millionen Menschen hat, Befestigungsteile schlampig verbaut wurden. Das hätte beim Häusle-Bauer auf dem Lande zu einer Stilllegung des Bauvorhabens geführt.

In Hessen hatte sich die Reaktoraufsicht von einem Ingenieurbüro wegen mangelnden Vertrauens getrennt. Dieses Büro war für die Begutachtung der Dübel zuständig und hat deren Tauglichkeit mehrfach bestätigt, offenbar ohne oder mit sehr schlechter Prüfung. Die Fehler sind dann von anderer Seite entdeckt worden. Dieses Ingenieurbüro war auch in Schleswig-Holstein vielfach tätig.

Die Landesregierung hat zu diesem Ingenieurbüro offenbar ein ungebrochenes Vertrauen. Auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 16/1101) vom Anfang des Jahres antwortete die Landesregierung wörtlich: „*Insofern bestand keine Veranlassung, die Vertragsbeziehungen zur Stangenberg und Partner Ingenieur-GmbH aufzukündigen.*“ Ich kann der Landesregierung nur dringend anraten, gerade im Zusammenhang mit der Überprüfung von Dübeln, nicht mit auf solchen „Sachverstand“ zurückzugreifen. Die Problematik von Dübeln mit mangelhafter Statik ist nicht neu. Daher spricht auch dieses Thema gegen Vattenfall, die offenbar erst jetzt anfangen, danach zu suchen.

Vattenfall muss von der Verantwortung für Atomkraftwerke entbunden werden.

Anhang:

Kleine Anfrage „Bau- und Betriebsaufsicht bei Atomanlagen in Schleswig-Holstein“
des Abgeordneten Detlef Matthiessen und Antwort der Landesregierung:

<http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/1100/drucksache-16-1101.pdf>
